



Peter Meiwald

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sprecher für Umweltpolitik

PRESSEMITTEILUNG – TERMINANKÜNDIGUNG

Drumherum statt mittendurch

Oldenburg, 31.03.2016

Peter Meiwald, MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78040

peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro

Friedensplatz 14

26122 Oldenburg

Telefon: +49 441 361 694 03

und 0152 – 56 74 45 60

Kontakt Oldenburg

peter.meiwald.ma03@bundestag.de

Kontakt Ammerland

peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Oldenburg. Die Deutsche Bahn (DB) beabsichtigt den Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg - Wilhelmshaven. Auf dieser Strecke wird künftig ein stärkerer Güterzugverkehr zu erwarten sein, da diese Strecke dazu dient, Güter vom Jade-Weser-Port nach Süden zu transportieren. Die Strecke soll zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert werden. Mehrere tausend Bürger*innen der Stadt Oldenburg erachten diese Planung als nicht zumutbar wegen zusätzlichen Lärms und nicht absehbarer Gefahren. Sie fordern eine Strecke abseitig stark bewohnter Stadtteile.

Bündnis 90/Die GRÜNEN laden am Montag, den 04.04.2016 um 19 Uhr in das Vereinsheim Schwarz-Weiß Oldenburg in der Auguststraße 78 dazu ein, sich über den aktuellen Stand der Planungen zu informieren. Susanne Menge, verkehrspolitische Sprecherin der niedersächsischen Landtagsfraktion steht für Fragen zur Verfügung, Peter Meiwald, umweltpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, Matthias Gastel, verkehrspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und Roland Diehl, Sprecher der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein.

Momentan sieht es so aus, dass der Antrag der DB zum Ausbau der Bahnstrecke durch Oldenburg für den Güterverkehr so nicht genehmigt wird. Beispielsweise sind zehntausende Oldenburger*innen von grundlegenden Fehlern in der Immissionsberechnung (Schall und Erschütterungen) der DB betroffen, alle Bürger*innen der Stadt von einem mangelhaften Katastrophenkonzept, den Folgen für Stadtentwicklung und Verkehr und einer grob fehlerhaften Umweltverträglichkeitsprüfung. Auch sollen knapp 200 Grundstückseigentümer*innen enteignet werden und knapp 500 Bürger*innen soll ihr Besitz bis zu fünf Jahren weggenommen werden.

Der Besuch dieser Veranstaltung ist kostenfrei.